

(Abgeordneter Schäfer.)

(A) gleich nachdem die Revolution ausgebrochen war, haben die bürgerlichen Parteien insbesondere damit operiert. Sie haben es zum Schlagwort werden lassen, daß die jetzigen Machthaber auch nicht in der Lage seien, andere Zustände zu schaffen, daß sie das, was sie früher den Arbeitern versprochen haben, auch nicht in der Lage wären in die Tat umzusetzen. Insbesondere hat dabei die Kohlenversorgung der Bevölkerung Sachsens eine der Hauptrollen gespielt.

Wir sind in der Lage, Ihnen einwandfrei nachweisen zu können, daß nicht das Vorgehen der Arbeiterschaft, die angeblich, wie es von Seiten der bürgerlichen Parteien auch in diesem Hause ausgesprochen worden ist, aus Unlust zur Arbeit die Kohlenförderung nicht aufgenommen haben, sondern daß lediglich dem Unternehmertum die Ursachen in die Schuhe zu schieben sind, daß die Kohlenförderung noch weit mehr zurückgegangen ist, als es während der Dauer des Krieges der Fall war. Ich werde Ihnen an einigen Beispielen den Nachweis dafür erbringen. Zunächst hat schon Herr Kollege Drescher auf die Ursachen hingewiesen, die es mit sich gebracht haben, daß die Förderung noch weiter zurückgegangen ist und zurückgehen mußte. Ich brauche mich nicht in Wiederholungen ergehen zu lassen. Er hat mit auf die Unterernährung, auf die Ernährungsschwierigkeiten, insbe-

(B) sondere soweit es die Arbeiter im Kohlenbergwerke betrifft, hingewiesen. Wir haben, nachdem man in der Öffentlichkeit nachzuweisen versucht hat, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt sei, die Arbeit in dem Kohlenbergwerk aufzunehmen, uns die redlichste Mühe in den Amtsstellen gegeben. Ich war seinerzeit einer der Leiter der Kriegsamtsstelle in Leipzig. Wir haben keine Möglichkeit unversucht gelassen, die Kohlenbergwerke ausreichend mit Arbeitern zu versorgen. Wir konnten in Sitzungen, an denen auch Vertreter der jetzigen Regierung teilgenommen haben, feststellen, daß die Öffentlichkeit von Seiten der Kohlenbergwerkbefitzer in einer Weise belogen und betrogen worden ist, die man mit einem parlamentarischen Ausdruck gar nicht bezeichnen kann. In einer Sitzung, die in Dresden stattgefunden hat, wurde auf unsere Anfrage, wie viele Arbeitskräfte wir dem sächsischen Steinkohlenbergbau zur Verfügung stellen sollen, d. h. wie viele Arbeiter man noch benötigte, von dem Vertreter des sächsischen Steinkohlenbergbaues, Herrn Dr. Eckardt, erklärt, daß man in Lugau-Olsnitz ungefähr gegen 4600 Arbeitskräfte benötigte. Als wir erklärten, daß wir in der Lage seien, diese angeforderten Arbeitskräfte in kurzer Zeit zur Verfügung zu stellen, erklärten uns die Herren, daß sie unsere Vermittlung nicht brauchten, sie hätten selbst genug Arbeitskräfte in Zwickau und Um-

gebung. Das erklärten die Vertreter des Bergbaues, (C) nachdem man einige Tage vorher noch die sächsische Regierung bestürmt hatte, die Schutzbestimmungen für weibliche und jugendliche Arbeiter nicht in Kraft treten zu lassen. Der Herr Abgeordnete Dr. Niethammer hat heute erklärt, daß die Schutzbestimmungen für jugendliche und weibliche Arbeiter ganz unbekümmert um die jeweilige Lage, insbesondere im Kohlenbergbau, von der jetzigen Regierung einfach wieder in Kraft gesetzt worden seien. Das entspricht nicht den Tatsachen; das Gegenteil ist wahr. Es war ein Vertreter der Regierung, Herr Regierungsrat Froehlich, der in der Sitzung seine Verwunderung darüber zum Ausdruck brachte, daß in einer Zeit, wo wir Tausende von erwerbslosen männlichen Arbeitskräften hatten, es die Vertreter des Steinkohlenbergbaues verstanden hatten, der Regierung weiszumachen, die Schutzbestimmungen dürften nicht in Kraft gesetzt werden. Es ist den Herren auch gelungen, den Termin hinauszuschieben, in dem Augenblick, wo Tausende von erwerbslosen männlichen Arbeitskräften vorhanden waren, und das lediglich zu dem Zwecke, um größere Profite aus den Kohlengruben herauszuholen, weil wir bedauerlicherweise auch heute noch die Tatsache beobachten können, daß die Arbeitskraft nicht gleichmäßig bezahlt wird, daß für gleiche Leistungen der gleiche Lohn heute noch nicht an die weiblichen Arbeitskräfte bezahlt wird. Wir sehen daraus, wie gewissenlos diese Grubenbarone gearbeitet haben. Auf der einen Seite beschwert man sich darüber, daß die Summen, die bisher für Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden mußten, derartig gestiegen seien, man spricht von der Unlust der Arbeiter, von der Faulheit derselben, und auf der anderen Seite können wir ohne weiteres den Nachweis dafür erbringen, daß es die Grubenbarone gewesen sind, die die Arbeiterschaft gezwungen haben, die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen, weil die Grubenbarone es vorgezogen haben, an Stelle der männlichen erwerbslosen Arbeiterschaft die weiblichen Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Es muß weiter darauf hingewiesen werden, daß die Kriegsamtsstelle Leipzig andauernd versucht hat, dem Verlangen der Kohlengruben auf Anforderung von Arbeitskräften Rechnung zu tragen. Wir können feststellen, daß die in Annaberg angeforderten Bergarbeiter, die bereit waren, die Arbeiten in den Bergwerken aufzunehmen, lediglich mit der Motivierung nicht eingestellt worden sind, daß sie nicht Mitglieder der Gewerkschaftskasse seien. In der Besprechung, die dann später mit der Regierung stattgefunden hat, erklärten die Herren, es sei unmöglich, diese Arbeiter einzustellen, weil sie nicht Mitglieder der Knappschaftskasse seien. Arbeiter, die das 40. Lebensjahr vollendet hätten, könnten nach